

## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort.

Nr. 445 / 2012

Kiel, Freitag, 16. November 2012

Bildung / Unterrichtsausfall

### Anita Klahn: Vertretung ab der ersten Stunde Unterrichtsausfall weiterhin sicherstellen!

In ihrer Rede zu **TOP 27 und 36** (Verbesserte Erfassung des Unterrichtsausfalls – mehr Transparenz und Effizienz, Strategie zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Wir brauchen nicht lange drum herum zu reden: ODIS taugt nichts. ODIS ist als Instrument schlicht und einfach nicht dafür zu gebrauchen, den Unterrichtsausfall adäquat abzubilden. Die FDP-Landtagsfraktion kritisiert ODIS schon lange. Dr. Ekkehard Klug hat immer auf die Schwächen von ODIS sowohl in der Opposition als auch in Regierungsverantwortung verwiesen und darauf, dass die Zahlen mit Vorsicht zu genießen seien. Auch die amtierende Regierung verweist im gerade diskutierten Bericht auf die methodischen Schwächen von ODIS – und das ist noch vorsichtig ausgedrückt.

Wir brauchen endlich eine ehrliche Analyse des Stundenausfalls. In diesem Zusammenhang lasse ich auch keine Kritik gelten, dass die Vorgängerregierung nicht gehandelt hätte.

Minister Dr. Klug hat dieses Thema vorangetrieben. Das Projekt ‚Kooperation Personalwesen‘ dient der Neuausrichtung für das Personalmanagement in Hamburg und Schleswig-Holstein und kann auch Krankenstände erheben. Hier hat Minister Dr. Klug veranlasst, dass ein zusätzliches ‚Tool‘ entwickelt wird, das zur Abbildung des Unterrichtsausfalls verwendet werden kann. Aus unserer Sicht machte es gerade vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation keinen Sinn, noch ein zusätzliches Programm zu entwickeln, wenn ‚KoPers‘ quasi vor der Tür steht.

Wenn die Bildungsministerin Prof. Dr. Wende jedoch der Ansicht ist, es gäbe ein besseres Instrumentarium, um das Problem des Stundenausfalls zu erheben und abzubilden, dann sind wir wirklich die Letzten, die dagegen wären. Hier gilt natürlich auch: Je früher es realisiert werden kann, umso besser. Ich bitte die Ministerin jedoch, im Gegensatz zum Antrag der Koalition nicht nur ein Konzept sondern ein richtiges Instrument zur Erfassung von Unterrichtsausfall zu entwickeln, welches Anwendung in der Praxis finden kann.



**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

www.fdp-sh.de

In diesem Zusammenhang darf es nicht allein bei der Erhebung des Unterrichtsausfalls bleiben. Die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls muss vielmehr gleich mit bedacht werden.

Die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls scheint allerdings keine sonderliche Priorität bei der amtierenden Regierung zu haben. In der letzten Wahlperiode waren auch die damaligen Oppositionsparteien der Ansicht, dass dies eines der dringlichsten Probleme ist, die es zu lösen gilt. Jetzt aber scheint alles vergessen zu sein.

Für die FDP-Landtagsfraktion ist klar, dass die von uns eingeführte Regelung, dass ab der ersten Stunde voll vertreten werden kann, Bestand haben muss. Aus der Erweiterung der Regelung für Vertretungsmöglichkeiten folgt logischerweise, dass auch der Vertretungsfonds aufgestockt werden muss. Die von der Regierung geplante Halbierung des Vertretungsfonds ist daher absolut nicht nachzuvollziehen. Hier würde ich mir eine klare Aussage der Bildungsministerin wünschen, was ihre Planungen für die Vertretungsregelung sind.

Im Übrigen waren die Ausführungen der Landesregierung im Ausschuss zu diesem Thema, alles andere als überzeugend. Da wurde argumentiert, man könne die Vertretungsfrage mit den weniger eingesparten Lehrern auffangen. Es gibt 100 Gymnasien in Schleswig-Holstein. Großzügigerweise dürfen diese von den geplanten 300 Stellen 15 Stellen behalten. Jeder kann ja einmal rechnen, wie das funktionieren soll. Die Dänenampel streicht den Vertretungsfonds aus politischen Gründen zusammen, um das Geld in Differenzierungsstunden der Gemeinschaftsschulen fließen zu lassen.

Auf Kosten der allgemeinen Unterrichtsversorgung an allen Schulen werden ideologisch die Vorstellungen von der Einheitsschule vorangetrieben.“